

Anhörung der Erziehungsberechtigten

im Hinblick auf einen vermuteten sonderpädagogischen Förderbedarf
(Beeinträchtigung ihres Sohnes / Ihrer Tochter)

Name des Sohnes / der Tochter

(Vorname)

(Name)

geb. am

wohnhaft in

zz. in Klasse

Schulbesuchsjahr:

Name und Anschrift der Erziehungsberechtigten:

_____ / _____

_____ / _____

(Telefon)

(Telefon)

1. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass der Schüler / die Schülerin

(Vorname)

(Name)

in seiner/ihrer Lern- und Leistungsfähigkeit so beeinträchtigt ist, dass er/sie auf Dauer in der Grundschule / Erweiterten Realschule / Gesamtschule¹ im Rahmen der dort vorhandenen schulorganisatorischen, personellen und sächlichen Möglichkeiten nicht ausreichend gefördert werden kann.

2. Mit den Erziehungsberechtigten wurden Leistungen und Verhalten ihres Kindes eingehend besprochen, zuletzt am _____.

Es wurde ihnen aufgezeigt, dass bei ihrem Sohn / ihrer Tochter ein sonderpädagogischer Förderbedarf zu vermuten und ein entsprechendes Überprüfungsverfahren durchzuführen ist.

3. Die Erziehungsberechtigten erklärten sich mit der Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungsverfahrens einschließlich der Durchführung psychologischer Testverfahren durch eine Förderschullehrkraft

einverstanden

nicht einverstanden.

¹ Nichtzutreffendes bitte streichen!

Anmerkung:

Äußern die Erziehungsberechtigten ihren Willen, im Falle eines festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfs für ihr Kind den gemeinsamen Unterricht mit Nichtbeeinträchtigten in einer Schule der Regelform zu beantragen, so wird ihnen das Formblatt ‚Antrag auf integrative Unterrichtung‘ ausgehändigt. In jedem Falle sind die Erziehungsberechtigten zu bitten, die Seite 3 dieser Anhörung zu unterschreiben.

7. Der/Die Erziehungsberechtigte(n) erklärt/erklären sich nach der Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs mit der Umschulung seines/ihres beeinträchtigten Sohnes / seiner/ihrer beeinträchtigten Tochter in eine Förderschule

hier: Schule für _____ in _____

- einverstanden
 nicht einverstanden.

8. Falls mit dem Besuch der unter Punkt 7 genannten Förderschule eine Heimunterbringung verbunden ist, erklärt/erklären sich der/die Erziehungsberechtigte(n) mit der Heimunterbringung seines/ihres Sohnes / seiner/ihrer Tochter

- einverstanden
 nicht einverstanden.

Die in dieser Niederschrift festgelegten Angaben werden hiermit anerkannt und bestätigt.

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift der Erziehungsberechtigten)

(Unterschrift des Erziehungsberechtigten)

Ausfertigung der Niederschrift durch:

(Name) (Vorname) (Dienstbez.) (Datum)

(Unterschrift)

Anmerkungen:

1. Auf die Vollständigkeit der Angaben ist zu achten.
2. Zutreffendes bitte ankreuzen oder streichen.
3. Bitte dieses Formblatt dem Meldebogen beifügen.